

Förderung der Beratung in der Landwirtschaft

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für
Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
vom 01. März 2024 (8506)

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen und allgemeine Bestimmungen

1.1 Zuwendungszweck

Mit der Förderung der Beratung in der Landwirtschaft soll die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit der rheinland-pfälzischen Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärproduktion gemäß Nummer 3.1 gestärkt werden. Dadurch soll ein Beitrag zur Stärkung des sozioökonomischen Gefüges in den rheinland-pfälzischen ländlichen Gebieten, zur Ernährungssicherheit sowie zur Erreichung der umwelt- und klimabezogenen Ziele der Europäischen Union geleistet werden.

1.2 Rechtsgrundlagen

Grundlagen für die Förderung sind

- a) Artikel 22 der Verordnung (EU) 2022/2472 der Kommission vom 14. Dezember 2022 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. EU Nr. L 327 S. 1),
- b) die §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 20. Dezember 1971 (GVBl. 1972 S. 2, BS 63-1), die Verwaltungsvorschrift über den Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S. 22, 324; 2022 S. 266) und
- c) § 1 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) vom 23. Dezember 1976 (GVBl. S. 308, BS 2010-3) in Verbindung mit dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) in der Fassung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102)

in ihrer jeweils geltenden Fassung sowie die Maßgaben dieser Verwaltungsvorschrift.

1.3 Allgemeine Bestimmungen

- 1.3.1 Das für das Beratungswesen in der Agrarwirtschaft zuständige Ministerium - im Folgenden „Ministerium“ genannt - behält sich vor, einschränkende Prioritäten zu setzen und Konditionen festzulegen, um eine zielgerichtete Umsetzung sicherzustellen oder das Antragsvolumen und die zur Verfügung stehenden Mittel aufeinander abzustimmen.
- 1.3.2 Maßnahmen, die sich aus dieser Verwaltungsvorschrift ableiten, dürfen nicht aus Mitteln anderer öffentlicher Programme gefördert werden, wenn damit der Gesamtbetrag der öffentlichen Förderung für das geförderte Vorhaben oder die Tätigkeit die in dieser Verwaltungsvorschrift vorgesehene maximal zulässige Höhe der Förderung überschreitet.
- 1.3.3 Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel.
- 1.3.4 Die Mehrwertsteuer ist nicht beihilfefähig.

2 Förderfähige Maßnahmen

2.1 Maßnahmenbeschreibung

Gefördert wird die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen von landwirtschaftlichen Betriebsberatungsdiensten, nachfolgend „Beratungsdienste“ genannt, die der Erreichung der spezifischen Ziele gemäß Artikel 6 Abs. 1 Buchst. a und d bis f der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 (ABl. EU Nr. L 435 S. 1) dienen und neben der Förderung tragfähiger landwirtschaftlicher Einkommen sowie der Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors in der ganzen Europäischen Union zur Verbesserung der langfristigen Ernährungssicherheit und der landwirtschaftlichen Vielfalt sowie der Absicherung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der landwirtschaftlichen

Erzeugung in der Europäischen Union mindestens eines der folgenden Elemente betreffen:

- Beitrag zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, auch durch Verringerung der Treibhausgasemissionen und Verbesserung der Kohlenstoffbindung sowie Förderung nachhaltiger Energie,
- Förderung der nachhaltigen Entwicklung und der effizienten Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Böden und Luft, auch durch Verringerung der Abhängigkeit von Chemikalien,
- Beitrag zur Eindämmung und Umkehrung des Verlusts an biologischer Vielfalt, Verbesserung von Ökosystemleistungen und Erhaltung von Lebensräumen und Landschaften.

Die Maßnahmen können sich nach Genehmigung durch das Ministerium auch auf weitere in Artikel 15 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2021/2115 genannte Themen beziehen.

2.2 Die Förderung der Inanspruchnahmen von Beratungsleistungen von Beratungsdiensten erfolgt entsprechend Artikel 22 der Verordnung (EU) 2022/2472 nur in Bereichen der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wenn diese von anerkannten Beratungsdiensten (vgl. Nummer 4.2.1) erbracht werden.

2.3 Förderfähige Kosten

2.3.1 Die Kosten, die Zuwendungsempfänger übernehmen können, umfassen keine Direktzahlungen an die Begünstigten.

2.3.2 Die Zuwendungen erfolgen in Form bezuschusster Dienstleistungen als Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung.

2.3.3 Der Zuschuss wird in Höhe von bis zu 70 v. H. der förderfähigen Ausgaben mit folgenden Maßgaben gewährt:

- a) die förderfähigen Ausgaben sind auf bis zu 90 EUR (ohne Umsatzsteuer) je Beratungsstunde begrenzt;
- b) der Höchstbetrag der Zuschüsse nach dieser Verwaltungsvorschrift darf 2 000 EUR je Unternehmen/Jahr nicht übersteigen;

- c) Zuschüsse von weniger als 500 EUR (Bagatellgrenze) werden nicht gewährt.

3 Begünstigte

3.1 Begünstigte sind Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärproduktion unbeschadet ihrer Rechtsform, soweit es sich dabei um Kleinunternehmen oder kleine oder mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne von Artikel 2 Nr. 52 in Verbindung mit Anhang I der Verordnung (EU) 2022/2472 handelt und die eine Betriebsstätte in Rheinland-Pfalz haben.

3.2 Eine Förderung scheidet aus, solange ein Unternehmen

- a) als sogenanntes Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) im Sinne von Artikel 2 Nr. 59 der Verordnung (EU) 2022/2472 einzustufen ist oder
- b) einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist oder
- c) in den vergangenen 36 Monaten geförderte Beratungsleistungen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2472 in Anspruch genommen hat, deren Wert 25 000 EUR (ohne Umsatzsteuer) übersteigt, unabhängig von dem landwirtschaftlichen Beratungsdienst im Sinne des Artikels 15 der Verordnung (EU) 2021/2115 der die Leistung erbracht hatte.

4 Zuwendungsempfänger und Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger müssen nach Nummer 4.2.1 und der Anlage anerkannte Beratungsdienste sein. Sie müssen sich verpflichten, die Zuwendungen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2472 und dieser Verwaltungsvorschrift zu verwenden und in Form von verbilligten Beratungsleistungen als Dienstleistungen an die Begünstigten weiterzugeben.

4.2 Zuwendungsvoraussetzungen

4.2.1 Voraussetzungen für die Anerkennung eines Beratungsdienstes als Zuwendungsempfänger im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift sind:

a) Der Zuwendungsempfänger verfügt über die notwendige Technik und Logistik, die zur Erbringung der Beratungsdienstleistungen notwendig ist.

b) Zuwendungsempfänger müssen über die geeigneten Kapazitäten in Form von qualifiziertem Personal verfügen.

aa) Die Regelqualifikation für Personal, welches in der landwirtschaftlichen Betriebsberatung tätig ist, ist ein einschlägiges Hochschulstudium (Bachelor für Agrarwissenschaften, Weinbau oder Gartenbau oder vergleichbar). Im Einzelfall kann nach Antrag durch den Zuwendungsempfänger und nach Genehmigung durch das Ministerium auch ein anderes Fachhochschulstudium als Qualifikation anerkannt werden.

bb) Darüber hinaus muss dieses Personal über einen Nachweis einer beratungsmethodischen Qualifikation (z. B. CECRA 1) verfügen.

cc) Dieses Personal ist regelmäßig zu schulen. Die regelmäßige Schulung gilt durch den Besuch einer eintägigen vom Ministerium anerkannten Fortbildungsveranstaltung je Kalenderjahr als erfüllt. Hierzu muss der Zuwendungsempfänger Aufzeichnungen führen, aus denen hervorgeht, wie viele der Beratungskräfte entsprechend geschult wurden. Die Aufzeichnungen sind der Bewilligungsbehörde bis spätestens zum 1. März des jeweils folgenden Kalenderjahres vorzulegen.

dd) Weitere Anforderungen an die Qualifikationen sind in Nummer 1.3.1 der Anlage definiert.

4.2.2 Die Trennung von Beratung und Kontrolle ist sicherzustellen.

4.2.3 Die zu fördernde Beratung muss allen in der betreffenden Region infrage kommenden Begünstigten auf Grundlage objektiv definierter Kriterien zur Verfügung stehen.

4.2.4 Wird die Beratung von Organisationen angeboten, so darf die Mitgliedschaft in diesen Organisationen keine Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Beratung sein.

- 4.2.5 Die Beiträge von Nichtmitgliedern zu den Verwaltungskosten der betreffenden Beratungsdienste sind auf diejenigen Kosten begrenzt, die tatsächlich für die Erbringung der Beratungsleistungen anfallen.
- 4.2.6 Die Beratung muss neutral erfolgen.
- 4.2.7 Der Begünstigte hat sich zu verpflichten, die betrieblichen Daten in anonymisierter Form für eine überbetriebliche Auswertung zu Beratungszwecken bereitzuhalten und dem Zuwendungsempfänger auf dessen Verlangen zur Verfügung zu stellen. Der Zuwendungsempfänger hat diese Unterlagen auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen.
- 4.2.8 Die Beratungsleistungen sind in Abstimmung mit dem staatlichen Beratungswesen der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum durchzuführen. Hierzu organisieren die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum mindestens einmal pro Jahr Abstimmungsgespräche über aktuelle Schwerpunkte und Inhalte der Beratung mit den in Rheinland-Pfalz anerkannten Beratungsdiensten. Hierzu haben die nach der vorliegenden Verwaltungsvorschrift anerkannten Beratungsdienste an den Abstimmungsgesprächen mit den Dienstleistungszentren Ländlicher Raum teilzunehmen. Im Rahmen der Gespräche werden neueste Erkenntnisse der Dienstleistungszentren Ländlicher Raum zu dem jeweils fachlich relevanten Schwerpunkt dargelegt. Darüber hinaus berichten die anerkannten Beratungsdienste von aktuellen Fragestellungen, zu denen in besonderem Maße Beratungsleistungen abgerufen wurden. Anhand von anonymisierten Beispielen werden dabei bereits beratene Lösungsstrategien vorgestellt. Diese Strategien werden im Rahmen des Gesprächs gemeinsam erörtert. Die Ergebnisse des Gesprächs werden dokumentiert und können bei Bedarf Dritten für eine Evaluierung gemäß Artikel 139 der Verordnung (EU) 2021/2115 zur Verfügung gestellt werden.
- 4.2.9 In der Rechnung ist die Höhe der gewährten Zuwendungen durch das Land Rheinland-Pfalz und der abgerechneten Stunden aufzuführen. Die Beratungsleistungen sind entsprechend der gewährten Zuwendung verbilligt abzugeben.
- 4.2.10 Der Zuwendungsempfänger muss Aufzeichnungen zu den einzelnen Beratungsleistungen führen und der Bewilligungsbehörde bis zum 1. März des darauffolgenden Kalenderjahres vorlegen. Aus den Aufzeichnungen muss Folgendes hervorgehen:

- a) Anzahl der geförderten Beratungsleistungen, wobei aus den Aufzeichnungen hervorgehen muss, wie viele Beratungsleistungen sich thematisch welchen spezifischen Zielen gemäß Artikel 6 Abs. 1 der Verordnung (EU) 2021/2115 zuordnen lassen.
- b) Anzahl der Begünstigten je Kalenderjahr, wobei aus den Aufzeichnungen hervorgehen muss, wie viele der Begünstigten im Rahmen des GAP-Strategieplans im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaleistungen Unterstützung erhalten haben.

4.2.11 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, der Bewilligungsbehörde nachträglich angeforderte Kennzahlen, die über diese Anforderungen hinausgehen, vorzulegen, sofern diese zur Erfüllung der Berichts-, Überwachungs- und Evaluierungspflichten gemäß der Verordnung (EU) 2021/2115 notwendig sind.

5 **Verfahrensregelungen**

5.1 Verfahrensvorschriften

Für Antragstellung, Bewilligung, Ablehnung, Verwendungsnachweisprüfung, Auszahlung, Abrechnung, Kontrollen, Evaluation, Aufhebung von Bescheiden, Rückforderung von Zuwendungen und Erhebung von Zinsen finden die Vorschriften des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes sowie des Subventions-, Haushalts- und europäischen Gemeinschaftsrechts Anwendung, soweit in dieser Verwaltungsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

5.2 Bewilligungsbehörde

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) ist Bewilligungsbehörde und antragsannahmende Stelle.

5.3 Antragstellung, Bewilligung und Auszahlung

5.3.1 Der Antrag auf Förderung von Beratungsdienstleistungen nach dieser Verwaltungsvorschrift wird vom Begünstigten über den Zuwendungsempfänger vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die

Tätigkeit bei der Bewilligungsbehörde schriftlich eingereicht. Dabei sind mindestens folgende Angaben zu machen:

- Name, Anschrift, Betriebsnummer und Größe des Unternehmens,
- Beschreibung des Vorhabens oder der Tätigkeit einschließlich des Beginns und des Abschlusses,
- Standort des Vorhabens oder der Tätigkeit,
- eine Aufstellung der beihilfefähigen Kosten,
- Art der Beihilfe (Zuschuss) und Höhe der beantragten Förderung,
- KMU-Erklärung,
- UiS-Erklärung,
- Erklärung über Rückforderungsanordnungen der Kommission,
- Erklärung zu Unterstützungsleistungen, die im Rahmen der GAP im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimaleistungen in der laufenden GAP-Förderperiode gewährt wurden sowie
- Erklärung über in Anspruch genommene geförderte Beratungsleistungen in den letzten 36 Monaten, unabhängig von dem landwirtschaftlichen Beratungsdienst im Sinne des Artikels 15 der Verordnung (EU) 2021/2115, der die Leistung erbracht hatte.

5.3.2 Die Maßnahme darf mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde auch dann bereits begonnen werden, wenn der vollständige Antrag des Begünstigten beim Zuwendungsempfänger eingegangen ist.

5.3.3 Die Bewilligung gegenüber dem Begünstigten erfolgt im Rahmen der Entscheidung über die Auszahlung an den Zuwendungsempfänger. Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) nach Teil I Anlage 3 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO sind als Bestandteil des Bewilligungsbescheids beizufügen.

5.3.4 Der Zuwendungsempfänger hat vor Beginn seiner Beratungsleistung die Art der Beratungsleistung, den erwarteten Umfang (Gesamtstunden je Beratungsleistung), die Kosten pro Beratungsstunde, den Gesamtaufwand sowie die Finanzierung für die beantragten Leistungen gegenüber der Bewilligungsbehörde mitzuteilen. Die Bewilligungsbehörde teilt dem Zuwendungsempfänger die für die vorgeschlagenen Beratungsangebote indikativ eingeplanten Mittel mit.

- 5.3.5 Die Auszahlung der Zuwendungen ist mit schriftlichem Antrag nach vorgegebenem Muster durch den Zuwendungsempfänger abzurufen. Die Antragsvordrucke sind bei der Bewilligungsbehörde erhältlich sowie auf deren Internetseiten abrufbar.
- 5.3.6 Der Antrag auf Auszahlung und die für eine Auszahlung der Zuwendung erforderlichen Nachweise, insbesondere Originalrechnung oder eine vom Zuwendungsempfänger erstellte Kopie der Rechnung, und Nachweis der Zahlung des Eigenanteils durch den Begünstigten sind vom Zuwendungsempfänger spätestens vier Monate nach Abschluss der Beratungsdienstleistungen bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.
- 5.3.7 Um eine Auszahlung noch in dem Kalenderjahr zu gewährleisten, in dem die Beratung durchgeführt würde, müssen die erforderlichen Unterlagen spätestens bis zum 15. Oktober des jeweiligen Jahres vorliegen.
- 5.3.8 Eine direkte Auszahlung an den Begünstigten erfolgt nicht. Mit dem schriftlichen Antrag auf Auszahlung der Zuwendung legt der Beratungsdienst die unterzeichnete Abtretungserklärung des Begünstigten vor.
- 5.3.9 Die Auszahlung der Zuwendungen wird nach Vorliegen der Voraussetzungen von der Bewilligungsbehörde direkt an den Zuwendungsempfänger veranlasst.

6 Transparenz, Kontroll- und Evaluationsmaßnahmen

- 6.1 Vorbehaltlich von Maßnahmen der Kommission und der Bundesregierung zur Erfüllung der Transparenzanforderungen werden auf der Internetseite des zuständigen Ministeriums folgende Informationen über die gewährte Förderung veröffentlicht:
- a) vollständiger Wortlaut der Beihilferegelung einschließlich ihrer Durchführungsbestimmungen,
 - b) Namen der Bewilligungsbehörden und
 - c) Link zur Transparenz-Datenbank
<https://webgate.ec.europa.eu/competition/transparency/public>.

Bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte¹ werden auch die Namen der einzelnen Beihilfeempfänger, Art der Beihilfe und Beihilfebeträg je Beihilfeempfänger, Tag der Gewährung, Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen), Region (auf NUTS-Ebene 2), in der der Beihilfeempfänger angesiedelt ist, sowie der Hauptwirtschaftszweig, in dem der Beihilfeempfänger tätig ist (auf Ebene der NACE-Gruppe), veröffentlicht.

- 6.2 Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz (§§ 91 und 100 LHO), das Ministerium, die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, die Kommission und der Europäische Rechnungshof haben das Recht, das Vorliegen der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen, die Einhaltung der im Bescheid festgelegten Bestimmungen, Auflagen und Bedingungen sowie weitere unternehmensbezogene Sachverhalte durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zu prüfen und Auskünfte einzuholen oder durch Beauftragte prüfen und Auskünfte einholen zu lassen.
- 6.3 Die dem Begünstigten und dem Zuwendungsempfänger durch die Kontroll- und Evaluationsmaßnahmen entstehenden Aufwendungen werden nicht erstattet.

7 Anerkennung von Beratungsdiensten und Beratungsdienstleistungen

- 7.1 Zuständige Behörde für die Anerkennung von Beratungsdiensten als Zuwendungsempfänger im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift und Beratungsdienstleistungen ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die Anerkennung erfolgt im Einvernehmen mit dem Ministerium. Für die Anerkennung gelten die Bestimmungen der Anlage.
- 7.2 Die Anerkennung ist von dem Beratungsdienst mit schriftlichem Antrag nach vorgegebenem Muster und den erforderlichen Nachweisen bei der Aufsichts-

¹ 10 000 EUR bei Beihilfeempfängern, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion tätig sind, oder 100 000 EUR bei Beihilfeempfängern, die in der Verarbeitung oder Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder in der Forstwirtschaft tätig sind oder Tätigkeiten ausüben, die nicht unter Artikel 42 AEUV fallen.

und Dienstleistungsdirektion zu beantragen und wird für längstens zwei Jahre ausgesprochen.

- 7.3 Die nach dieser Verwaltungsvorschrift anerkannten Beratungsdienste werden auf den Internetseiten der rheinland-pfälzischen Agrarverwaltung veröffentlicht.
- 7.4 Die Anerkennung von nach dieser Verwaltungsvorschrift anerkannten Beratungsdiensten und dem Beraterpersonal kann zur Erfüllung der festgelegten Bestimmungen mit Auflagen verbunden werden.
- 7.5 Die Anerkennung wird unter dem Vorbehalt der Aufhebung erteilt, wenn die Anerkennungskriterien nicht mehr vorliegen.
- 7.6 Die Anerkennung als Beratungskraft ist insbesondere zu versagen oder zu widerrufen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Beratungskraft nicht die notwendige fachliche Qualifikation oder die erforderliche Unabhängigkeit besitzt oder die Beratungskraft sich als nicht zuverlässig erwiesen hat.

8 Schlussbestimmungen

- 8.1 Die Zuwendungsempfänger und die Begünstigten sind verpflichtet, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendungen entgegenstehen oder für eine Rückforderung erheblich sind.
- 8.2 Die Aufhebung der Bewilligung sowie die Rückforderung der Zuwendungen nebst der Erhebung von Zinsen richten sich nach § 1 LVwVfG in Verbindung mit den §§ 48 und 49 ff. VwVfG und der Nummer 9 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P Teil I Anlage 3 zu § 44 Abs. 1 LHO der VV-LHO). Die Zuwendung ist insbesondere dann zurückzufordern und der Erstattungsbetrag zu verzinsen, wenn

- die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden ist oder
- Mitteilungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen wird.

8.3 Die nach dem Zuwendungszweck, den Bestimmungen dieser Verwaltungsvorschrift, den Angaben im Antrag und gegebenenfalls den Bewilligungsaufgaben für die Bewilligung und Rückforderung der Zuwendungen maßgeblichen Tatsachen sind subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB).

8.4 Ergeben sich aus den Angaben des Antragstellers, den eingereichten Unterlagen oder sonstigen Umständen Zweifel, ob die beantragten oder in Anspruch genommenen Zuwendungen mit den Förderungsvoraussetzungen in Einklang stehen, so hat die Bewilligungsbehörde dem Zuwendungsempfänger die Tatsachen, deren Aufklärung zur Beseitigung der Zweifel notwendig erscheint, nachträglich als subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB zu bezeichnen (§ 2 Abs. 2 des Subventionsgesetzes).

9 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. März 2024 in Kraft. und mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift tritt die Verwaltungsvorschrift „Förderung der Beratung in der Landwirtschaft“ vom 30. Januar 2017 (MinBl. S. 158; 2022 S. 266) außer Kraft.

Anlage

(zu den Nummern 4.1, 4.2.1 und 7.1)

Anforderungen für die Anerkennung von Beratungsdiensten und Beratungsdienstleistungen im Rahmen der Förderung der Beratung in der Landwirtschaft

1 Beratungsdienste

1.1 Voraussetzungen

Der Beratungsdienst muss

- über eine feste Niederlassung mit Büroräumen und zeitgemäßer Informations- und Kommunikationstechnik verfügen und
- sicherstellen, dass er die von ihm beratenen landwirtschaftlichen Unternehmen auf Anforderung zeitnah erreichen kann.

1.2 Qualifikation

1.2.1 Der Beratungsdienst muss eine mindestens zweijährige Ausübung der Beratungstätigkeit im Bereich der landwirtschaftlichen Primärproduktion (zusammenhängender Zeitraum bis zum Zeitpunkt der Beantragung der Anerkennung) nachweisen. Das Ministerium kann Ausnahmen zulassen, sofern die Beratungskräfte des Beratungsdienstes über eine Qualifikation gemäß Nummer 1.3.1.1 verfügen.

1.2.2 Der Beratungsdienst muss mit den vorhandenen Beratungskräften eine umfassende Beratung in den gemäß Nummer 2 dieser Verwaltungsvorschrift beantragten Beratungsleistungen sicherstellen.

Die erforderliche Qualifikation des eingesetzten Personals richtet sich nach der beantragten Anerkennung:

- Beratungsdienste ohne Einschränkung: Qualifikation für die Bereiche Tier- und Pflanzenproduktion,
- Beratungsdienste für Unternehmen ohne Tierhaltung: Qualifikation für den Bereich Pflanzenproduktion.

Soweit Leistungen auch für Unternehmen mit Sonderkulturen (Weinbau, Obstbau, Gartenbau) angeboten werden sollen, ist zusätzlich die Qualifikation für die entsprechenden Sonderkulturbereiche nachzuweisen.

1.3 Personal des Beratungsdienstes

1.3.1 Beratungspersonal

1.3.1.1 Als Qualifikationen einer Beratungskraft werden vorausgesetzt:

- a) Regelqualifikation ist ein einschlägiges Hochschulstudium (Bachelor für Agrarwissenschaften, Weinbau oder Gartenbau oder vergleichbar),

- b) mindestens jedoch eine Qualifikation als Meisterin oder Meister oder Technikerin oder Techniker der Fachrichtung Landwirtschaft, Weinbau oder Obst- und/oder Gartenbau und eine mindestens zweijährige Ausübung der Beratungstätigkeit (über Umfang und Art der bisherigen Beratungstätigkeit sind Nachweise vorzulegen), und
- c) eine erfolgreich abgeschlossene Teilnahme an dem CECRA-Basis-Lehrgang zur Einführung in die Beratungstätigkeit (<https://www.cecra.net/>).

1.3.1.2 Die Beratungskräfte sind verpflichtet, regelmäßig an fachbezogenen Fortbildungsveranstaltungen der rheinland-pfälzischen Agrarverwaltung teilzunehmen. Die regelmäßige Teilnahme gilt durch den Besuch mindestens einer eintägigen Veranstaltung je Kalenderjahr als erfüllt.

1.3.1.3 Abweichend von Nummer 1.3.1.1 Buchst. b kann das Ministerium im Einzelfall die Qualifikation von Beratungskräften anerkennen.

1.3.1.4 Der Beratungsdienst hat zu versichern, dass die Beratungskraft im Zusammenhang mit der Beratungsdienstleistung keine direkte oder indirekte Verkaufs- oder Vermittlertätigkeit für das Unternehmen der Landwirtschaft betreffende Waren oder Dienstleistungen vornimmt und insbesondere keine Rechtsberatung durchführt. Hiervon ausgenommen sind Beratungsdienstleistungen, die im direkten Zusammenhang mit der Anwendung eines anerkannten Managementsystems stehen. Eine konkrete Produktwerbung ist ausdrücklich untersagt.

Soweit Beratungsdienste in ihrem Unternehmen zusätzlich zu ihrer Beratungsdienstleistung im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift weitere Dienstleistungen für landwirtschaftliche Unternehmen erbringen, können sie die Einhaltung der Verpflichtung nach Absatz 1 sicherstellen, indem sie

- a) Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter als Beratungskräfte einsetzen, die ausschließlich nach dieser Verwaltungsvorschrift förderungsfähige Beratungsleistungen erbringen, oder
- b) über eine Zusatzvereinbarung mit den eingesetzten Beratungskräften sicherstellen, dass diese die beschriebenen Einschränkungen ihrer Tätigkeit beachten.

2 Anforderungen an die Beratungsleistungen

Die Aufstellung der förderfähigen Beratungsdienstleistungen sind von den Beratungsdiensten der ADD vorzulegen, die diese prüft und im Einvernehmen mit dem Ministerium gegebenenfalls anerkennt. Die anerkannten Beratungsdienste und die anerkannten Beratungsdienstleistungen werden

auf den Internetseiten der rheinland-pfälzischen Agrarverwaltung veröffentlicht.

Die Beratungsleistungen sind von den Beratungsdiensten wie folgt zu beschreiben:

- a) Projektthema,
- b) Hintergrund des Projekts (Problemstellung/Bedarf der landwirtschaftlichen Praxis),
- c) Projektziel und -lösungsansatz,
- d) Laufzeit mit Beginn und Ende der Maßnahme,
- e) Beratungsumfang in Beraterstunden,
- f) Kosten der Beratungsleistungen,
- g) Indikatoren zur Evaluierung gemäß den einschlägigen EU-Vorschriften.